

*Bundesvorstand:*

Prof. Dr. Rosemarie Will, Vorsitzende  
Dr. Christoph Bruch  
Jochen Goerdeler  
Franz-Josef Hanke  
Nils Leopold, LL.M.  
Dr. Fredrik Roggan, stellv. Vors.  
Hartmuth H. Wrocklage

*Geschäftsführung:*

Sven Lüders

*Bundesgeschäftsstelle:*

Humanistische Union e.V.  
Haus der Demokratie  
und Menschenrechte  
Greifswalder Straße 4  
10405 Berlin

Tel.: 030 / 204 502 56

Fax: 030 / 204 502 57

info@humanistische-union.de

www.humanistische-union.de

## Wir wählen Bürgerrechte!

Berliner Parteien auf dem Prüfstand

*Beiratsmitglieder:*

Prof. Edgar Baeger  
Prof. Dr. Thea Bauriedl  
Prof. Dr. Volker Bialas  
Prof. Dr. Lorenz Böllinger  
Daniela Dahn  
Dr. Dieter Deiseroth  
Prof. Dr. Erhard Denninger  
Prof. Carl-Heinz Evers  
Prof. Dr. Monika Frommel  
Prof. Dr. Hansjürgen Garstka  
Prof. Dr. Wilfried Gottschalch  
Prof. Dr. Gerald Grünwald  
Dr. Klaus Hahnzog  
Dr. Heinrich Hannover  
Prof. Dr. Hartmut von Hentig  
Heide Hering  
Dr. Burkhard Hirsch  
Prof. Dr. Herbert Jäger  
Prof. Dr. Walter Jens  
Prof. Dr. Helmut Kentler  
Elisabeth Kilali  
Ulrich Krüger-Limberger  
Prof. Dr. Erich Küchenhoff  
Renate Künast, MdB  
Prof. Dr. Martin Kutschka  
Prof. Dr. Rüdiger Lautmann  
S. Leutheusser-Schnarrenberger, MdB  
Dr. Till Müller-Heidelberg  
Prof. Dr. Heide Pfarr  
Claudia Roth, MdB  
Jürgen Roth  
Prof. Dr. Fritz Sack  
Georg Schlaga  
Helga Schuchardt  
Prof. Dr. Fritz Sack  
Prof. Klaus Staack  
Prof. Dr. Ilse Staff  
Prof. Dr. Wilhelm Steinmüller  
Werner Vitt  
Prof. Ulrich Vultejus  
Dr. Klaus Waterstradt  
Heidmarie Wieczorek-Zeul, MdB  
Rosi Wolf-Almanasreh  
Prof. Dr. Karl-Georg Zinn

Sie interessieren sich für Bürgerrechte?

Sie wollen wissen, was die Parteien für die kommenden Jahre planen?

Sie wollen einen Überblick über die innenpolitischen Ereignisse der letzten fünf Jahre in Berlin haben?

Dann ist diese Broschüre genau richtig für Sie. Denn in ihr gibt die Humanistische Union einen umfassenden Überblick über die Arbeit der SPD-PDS-Koalition und den Plänen der sich für eine Regierung bewerbenden Parteien.

Als unabhängige, überparteiliche Bürgerrechtsorganisation beobachtet die Humanistische Union die Berliner Landespolitik. Sie mischt sich ein, wenn Grundrechte betroffen sind. Jetzt informiert sie die WählerInnen über die Bürgerrechtspolitik der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien:

Die Humanistische Union veranstaltet eine Podiumsdiskussion mit den innenpolitischen SprecherInnen der Parteien. Alle Informationen zur Diskussionsveranstaltung finden Sie auf Seite 2.

Die Humanistische Union schaut auf die Bürgerrechtspolitik der vergangenen fünf Jahre zurück: Was wurde angekündigt? Was wurde umgesetzt? Die gesamte Rückschau können Sie ab Seite 3 lesen.

Die Humanistische Union hat die Parteien nach ihren Positionen und künftigen Vorhaben befragt und präsentiert die Antworten. Dabei stehen die Themen Innenpolitik, Demokratie, gesellschaftliche Teilhabe und Strafvollzug im Vordergrund. Gefragt wurden die SPD, CDU, Linkspartei.PDS, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und – weil ein Einzug in das Abgeordnetenhaus möglich ist – die WASG. Außer der WASG haben alle Parteien auf unsere Fragen geantwortet.

Die informativen Antworten können Sie ab Seite 8 lesen.

Ein kurzer Hinweis für die Nicht-BerlinerInnen: In Berlin heißt das Polizeigesetz Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG), der Gemeinderat heißt Bezirksverordnetenversammlung (BVV).

## Diskussion

Die Humanistische Union lädt ein zur Podiumsdiskussion:

### Bürgerrechte in Berlin Was wurde getan? Was bleibt zu tun?

am Dienstag, 5. September 2006  
um 18.00 Uhr  
in der Humboldt Universität Berlin,  
Unter den Linden 6, Hauptgebäude, Raum 2097

mit

**Michael Braun, CDU**

(Rechtsanwalt, Notar, Mitglied des Abgeordnetenhauses seit 1995, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion, rechts- und medienpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Vorsitzender des 2. Untersuchungsausschusses „Tempodrom“, Sprecher der Fraktion im Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Immunität und Geschäftsordnung)

**Heidemarie Fischer, SPD (angefragt)**

(Sachbearbeiterin, Mitglied des Abgeordnetenhauses mit Unterbrechungen seit 1986, Vorsitzende im Arbeitskreis I [Inneres, Recht, Verwaltungsreform], Sprecherin der Fraktion im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Vorsitzende des Ausschusses für Verfassungsschutz)

**Volker Ratzmann, Bündnis 90/Die Grünen**

(Rechtsanwalt, Mitglied des Abgeordnetenhauses seit 2001, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sprecher der Fraktion im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Sprecher der Fraktion im Ausschuss für Verfassungsschutz, Sprecher der Fraktion im Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Immunität und Geschäftsordnung, Mitglied der G 10-Kommission)

**Alexander Ritzmann, FDP**

(Diplom-Politologe, Personalberater, Mitglied des Abgeordnetenhauses seit 2001, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion, Sprecher der Fraktion im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Stellvertretender Schriftführer im Ausschuss für Verfassungsschutz)

**Steffen Zillich, Linkspartei.PDS**

(Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Mitglied des Abgeordnetenhauses mit Unterbrechungen seit 1991, Mitglied im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Schriftführer im Ausschuss für Verfassungsschutz, stellvertretendes Mitglied im 2. Untersuchungsausschuss „Tempodrom“)

Moderation

**Fredrik Roggan**

(Rechtsanwalt, Stellvertretender Bundesvorsitzender der Humanistischen Union)

## Rückschau

### Bürgerrechte in der Berliner Landespolitik 2001–2006

Nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2001 schickte die Humanistische Union den Parteien für die Koalitionsverhandlungen einen Katalog von Forderungen. Viele dieser Forderungen wurden bereits in die Verhandlungen zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP aufgenommen, fanden später Eingang in den von SPD und PDS verabschiedeten Koalitionsvertrag und wurden umgesetzt. Doch es gab auch Rückschläge für die Bürgerrechte.

Wichtige Entwicklungen der Berliner Innenpolitik aus Sicht der Humanistischen Union waren:

---

#### Videoüberwachung

Während die Videoüberwachung in öffentlichen Gebäuden geregelt ist und immer mit der Zustimmung des Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit erfolgt, wurden in privaten Gebäuden zunehmend Kameras installiert. Besonders bedenklich ist die fast flächendeckende Überwachung privat-öffentlicher Räume wie Bahnhöfe, Kaufhauspassagen, Mietskasernen und Bürgersteigen vor Privathäusern.

Die BVG begann am 1. April 2006 einen einjährigen Modellversuch auf den U-Bahn-Linien 2, 6 und 8. Dort werden die Bahnsteige automatisch in einer 24-Stunden-Schleife aufgezeichnet. In einigen Bussen der BVG wird derzeit automatisch aufgezeichnet und nach wenigen Minuten wieder gelöscht. Die Fahrerin muss die Aufzeichnung per Knopfdruck starten. Ab diesem Moment wird aufgezeichnet. Die letzten sieben Minuten vor dem Knopfdruck sind auch aufgezeichnet.

Durch eine von der Humanistischen Union 2002 unterstützte Klage gegen Dussmann konnte die dortige Videoüberwachung eingeschränkt werden. Denn das Kaufhaus überwachte nicht nur seine Geschäftsäume, sondern auch die vor dem Gebäude liegenden Arkaden und Teile der Straße.

---

#### Individuelle Kennzeichnung der Polizei

Seit langem fordert die Humanistische Union eine individuelle Kennzeichnung jeder PolizistIn, weil in einem Rechtsstaat staatliches Handeln individuell zurechenbar sein muss. Diese Forderung wurde auch in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Allerdings gelang es der Regierung, gegen den massiven Widerstand von Polizei und ihren Interessenvertretern, nur eine Gruppenkennzeichnung durchzusetzen.

Inzwischen ist bei geschlossenen Einsätzen erkennbar, welche Gruppe sich falsch verhalten hat, aber eine einzelne PolizistIn kann für ihr Verhalten nicht bestraft oder belobigt werden. Die Humanistische Union befürchtet sogar, dass durch die Gruppenkennzeichnung der Druck auf die einzelne zunimmt, gegen KollegInnen nicht auszusagen.

---

## Demonstrationsrecht

---

Auch hier gelang es der Polizei mit ihren Deeskalationspolitik und dem überlegten Anwenden von Auflagen, dass fast alle Demonstrationen friedlich stattfinden konnten. Bei Staatsbesuchen wird dagegen aus Sicht der Humanistischen Union zu großzügig abgesperrt, damit Staatsgäste keine oppositionellen Meinungen sehen und hören können. Allerdings sind diese Absperrungen im Vergleich zu den tagelangen Vollsperrungen von Innenstädten und Inseln immer noch gering. Die Bannmeile gibt es immer noch.

---

### 1. Mai

---

Nachdem 2002 noch ein Demonstrationsverbot für die Innenstadt verhängt wurde (wogegen die Humanistische Union mit einer Kundgebung für die Versammlungsfreiheit protestierte), verfolgte die Polizei zunehmend eine erfolgreiche Deeskalationspolitik. Der Erfolg wäre aber ohne die KreuzbergerInnen nicht denkbar. Mit dem „Myfest“ gingen sie neue Wege. Die rituelle Mairandale verlagerte sich immer weiter in die Abendstunden, wurde immer weniger und scheint in den kommenden Jahren sogar ganz aufzuhören.

---

## Schleierfahndung

---

Die Schleierfahndung wurde 2004 ersatzlos aus dem ASOG gestrichen. Bürgerrechtsorganisationen und Datenschutzbeauftragte kritisierten jahrelang die verdachts- und anlassunabhängigen Kontrollen der Polizei. Die Fahndungserfolge von Schleierfahndungen tendierten gegen Null. Nachdem auch der Polizeipräsident sie nicht mehr entschieden verteidigte, konnte sie auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen abgeschafft werden.

---

## Rasterfahndung

---

Ebenfalls wurde 2004 die Rasterfahndung im ASOG eingeschränkt. Der Grund dafür war die nach dem 11. September 2001 eingeleitete Rasterfahndung. In einem umfangreichen Bericht stellte der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit fest, dass sie besonders in der ersten Phase gegen bestehende Gesetze verstoßen hatte. Außerdem führte diese Rasterfahndung, wie die vorherigen Rasterfahndungen nicht zu Verhaftungen von Terroristen. Es wurden nur die Daten Tausender Unschuldiger auf einen vagen Verdacht hin überprüft.

In das ASOG wurde aufgenommen, dass die Rasterfahndung auch bei „Gefahr in Verzug“ von einem Richter genehmigt werden muss. Der Antrag muss eine Errichtungsanordnung, ein Datensicherheitskonzept, eine Risiko-Analyse und eine Beschreibung der technisch-organisatorischen Maßnahmen enthalten.

---

## Wegweisung bei häuslicher Gewalt

---

Hier änderte sich 2003 für die Opfer von häuslicher Gewalt in Berlin die gesetzliche Situation. An diesem Tag erhielt die Polizei nach dem ASOG die Möglichkeit, die TäterInnen aus dem Haus zu verweisen. Bis dahin musste das Opfer das Haus verlassen.

## Umbau der Ordnungsämter

---

2004 wurden die Befugnisse der Ordnungsämter geändert. Seitdem gibt es Ordnungskräfte, die in den Parks und auf der Straße dafür sorgen sollen, dass Hunde angeleint, Fahrradfahrer nicht auf den Bürgersteigen fahren und Abfall in die vorgesehenen Mülleimer geworfen wird. Die Humanistische Union wandte sich gegen das Gesetz als zu weitgehend. Die Befugnisse der MitarbeiterInnen waren nicht klar abgegrenzt, sie sollten mit Schlagstöcken und Pfefferspray bewaffnet werden und es wurden teilweise die falschen gesetzlichen Bezüge genannt.

## Freiwilliger Polizeidienst

---

Die 1961 geschaffene Freiwillige Polizei-Reserve (FPR) wurde 2002 aufgelöst. Bei seiner Gründung sollte die Freiwillige Polizei-Reserve der Polizei in Notlagen helfen und vom Objektschutz entlasten, weil die Westberliner Polizei keine Polizeihilfe aus Westdeutschland holen konnte. Nach der Vereinigung entfiel die ursprüngliche Begründung. In den letzten Jahren war sie im Wesentlichen zu einer rechtslastige Versammlung von Freizeitpolizisten, die sich über die durch Uniformen und Waffen verliehene staatliche Macht freuten, geworden. Aufgrund etlicher Skandale war die Auflösung aus Sicht der Humanistischen Union schon lange überfällig. Dennoch will die CDU die Polizeireserve wieder zu neuem Leben erwecken.

## Verfassungsschutz

---

Aufgrund zahlreicher Skandale wurde der Berliner Verfassungsschutz als selbstständige Behörde aufgelöst und als Abteilung in die Innenverwaltung integriert. Seitdem heißt er „Senatsverwaltung für Inneres – Abteilung II Verfassungsschutz“ und wird von der früheren Datenschützerin Claudia Schmid geleitet.

Die Behörde öffnete sich. Kompetente VertreterInnen nahmen an Diskussionen, wie der Republikanischen Vesper zu Rechtsextremismus im Internet, teil, Seine Publikationen wurden immer besser. Der Verfassungsschutz schien zu einer offenen Behörde zu werden, die die Politik und die Öffentlichkeit objektiv über Gefahren für die liberale Demokratie aufklärte.

Der Schock kam dann im Frühjahr, als bekannt wurde, dass der Verfassungsschutz das Berliner Sozialforum überwachte. Positiv bei diesem Skandal ist, dass der hiesige Verfassungsschutz seinen Fehler einsah und die Aufzeichnungen vernichten wollte. Nach Protesten wurde die geplante Aktenvernichtung gestoppt und die Betroffenen erhalten entgegen der üblichen Verfahren eine Einsicht in die Akten.

Die Humanistische Union honoriert das Bemühen, diese Überwachung aufzuklären. Unklar ist allerdings immer noch, welche Rolle das ebenfalls bei der Überwachung beteiligte Bundesamt für Verfassungsschutz spielte und was getan wird, damit so etwas nicht wieder passiert.

## Direkte Demokratie

---

Im Jahr 2005 erleichterte das Abgeordnetenhaus durch eine Änderung der Verfassung und des Bezirksverwaltungsgesetzes Bürgerbegehren und Bürgerentscheide erheblich. Außerdem beschloss das Abgeordnetenhaus, dass Menschen ab 16 Jahren bei der BVV-Wahl abstimmen dürfen. Im Jahr 2006 beschloss das Abgeordnetenhaus durch eine Änderung der Verfassung die Erleichterung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden. Diese Verfassungsänderung kann erst nach einer Bestätigung durch die Volksabstimmung im Rahmen der kommenden Wahl zum Abgeordnetenhaus in Kraft treten.

## Informationsfreiheitsgesetz (IFG)

---

Am Schluss der jetzigen Legislaturperiode wurde das Berliner IFG auf Initiative des Senates, hier besonders der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt durch die Ausweitung eines Ausnahmetatbestandes geschwächt. Für diese Schwächung stimmten die SPD und die Linkspartei.PDS. Bündnis 90/Die Grünen stimmten dagegen. CDU und FDP enthielten sich.

## Ethikunterricht

---

Ab dem Schuljahr 2006/2007 wird an den Berliner Oberschulen das religiös und weltanschaulich neutrale Fach Ethik als verbindliches Unterrichtsfach eingeführt. Die Humanistische Union begleitet die konkrete Ausgestaltung des Faches zusammen mit dem „Forum gemeinsames Wertefach“ kritisch. Insbesondere hält die Humanistische Union es für wichtig, dass in dem neuen Fach nicht nur Kenntnisse über Philosophie und Religionskunde vermittelt werden, sondern auch interkulturelles Lernen und Menschenrechtsbildung ihren Platz haben. Die Einführung des Faches stieß auf massiven Widerstand der Kirchen. So könnte auch der Berliner Staatskirchenvertrag mit der Evangelischen Kirche Einfluss auf das Fach nehmen.

## Flüchtlingspolitik

---

Hier werden die Spielräume des Landes nicht im Sinne der Flüchtlinge genutzt. 2004 beschleunigte die UN Berlin eine inhumane Abschiebep Praxis. Immer wieder werden Kinder aus dem Schulunterricht geholt und in Abschiebehaft genommen. Das einzige Vergehen der, teilweise mehrere Monate, in Abschiebehaft sitzenden Menschen ist, dass sie keine gültige Aufenthaltserlaubnis mehr haben. Der Abschiebebewahrsam wird von der Polizei unter Aufsicht der Ausländerbehörde betrieben. Erst nach mehreren Hungerstreiks verbesserte sich in den vergangenen Jahren die Situation in der Abschiebehaft. Allerdings gibt es immer wieder Probleme mit der medizinischen Versorgung. Die Inhaftierten müssen jeden Hafttag bezahlen. Dadurch wird ein weiteres Hindernis für eine spätere legale Rückkehr nach Deutschland aufgebaut. Begrüßenswert ist, dass es seit 2005 eine Härtefallkommission gibt. Allerdings kann sie nur Empfehlungen aussprechen. Innensenator Erhart Körting (SPD) kann ihnen folgen oder auch nicht. Er ignorierte immer wieder, ohne Begründung, das Votum der Kommission für einen gesicherten Aufenthalt. Bekannte Beispiele sind die Familie Aydin, ein 39-jähriger angolanischer

Flüchtling und ein 21-jähriger bosnischer Serbe, der über zehn Jahre in Deutschland lebte, bereits eine Stelle hatte und eine Deutsche heiraten wollte. Die Ausländerbehörde nutzt ihre Ermessungsspielräume ausschließlich zum Nachteil der Flüchtlinge. Die durchschnittliche Wartezeit beträgt fünf Stunden. Das Integrationspapier des Senats ist ein Anfang. Ein wirkliches Leitbild für ein multikulturelles Berlin und konkrete Maßnahmen dies zu verwirklichen fehlen noch. Das gestalten eines vielfältigen Berlins muss Chefsache sein.

---

## Strafvollzug

Für Straffällige und Gefangene änderte sich in den vergangenen fünf Jahren nichts. Der Zustand der Berliner Gefängnisse ist weiterhin schlecht. Das gilt für die bauliche Substanz, die trotz abnehmender Gefangenenzahlen immer noch vorhandenen Mehrpersonenzellen, die Überbelegung, die wenigen vorzeitigen Entlassungen und den, das Strafvollzugsgesetz ignorierenden Verwahrvollzug. Eine echte Resozialisierung findet kaum statt. Programme zur Haftvermeidung werden nicht ausgebaut. Dabei sind sie erheblich günstiger als Haftplätze und senken die Gefahr eines Rückfalls. Außerdem werden die Verurteilten so nicht vollkommen aus ihrem familiären Umfeld gerissen.

2006 beschloss das Abgeordnetenhaus den Bau einer Justizvollzugsanstalt im benachbarten Brandenburg. Die JVA Großbeeren wird 650 Plätzen haben. Der Bau soll 87 Millionen Euro, der jährliche Betrieb ab der geplanten Inbetriebnahme 2012 jährlich 24 Millionen Euro kosten. Als Grund wurde die Überbelegung der Berliner Gefängnisse genannt.

---

## Außerdem gab es:

- Parlamentarische Untersuchungsausschüsse zum Bankenskandal und zum Tempodrom.
- Den Wunsch der Polizei, stärker auf private Daten zugreifen zu können. Telefonüberwachung, Stille SMS, IMSI-Catcher und DNA-Analyse mögen hier als Stichworte genügen. Die Humanistische Union steht diesen Maßnahmen skeptisch bis ablehnend gegenüber.
- Einen, von der Humanistischen Union heftig kritisierten, Probelauf zahlreicher neuer Sicherheits- und Überwachungstechnologien im Rahmen der Fußball-WM.
- Datenschutzrechtliche Probleme bei der Einführung von Hartz IV
- Die Stelle eines Präventionsbeauftragten und eine Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“. Diese ist bisher nur unzureichend mit der Polizei vernetzt. Sie ist zu wenig bekannt.
- Anfang 2005 richtete der Senat eine Leitstelle gegen Diskriminierung aus ethnischen, religiösen und weltanschaulichen Gründen ein. Das Berliner Antidiskriminierungsgesetz trat wegen des lange nicht verabschiedeten Bundesgesetzes nicht in Kraft.
- Zahlreiche Demonstrationen, die erfolgreich Demonstrationen und Veranstaltungen von Nazis und Neonazis verhinderten.
- Im Juli 2002 zahlreiche Verhaftungen innerhalb der rechtsradikalen Musikszene. Die Berliner Polizei verhaftete auch zwei V-Männer des brandenburgischen und des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Toni Stadler und Mirko Hesse waren erfolgreiche Musikproduzenten.



## Fragen und Antworten Die Humanistische Union fragte, die Parteien antworten

### Innenpolitik

### Videüberwachung

---

1. Unter welchen Voraussetzungen halten Sie Videoüberwachung an öffentlich zugänglichen Orten (z.B. U-Bahnen) für zumutbar?

#### *Position der Humanistischen Union:*

Videoüberwachung bedeutet einen Eingriff in die Grundrechte zahlloser Menschen, gegen die nichts vorliegt. Der Eingriff ist besonders gravierend, wenn nicht nur beobachtet, sondern Daten auch gespeichert werden. Mit großer Sorge beobachtet die Humanistische Union die ständige Ausweitung der Videoüberwachung, insbesondere in öffentlichen Räumen, die rechtlich privat sind. Bei diesen privat-öffentlichen Räumen greift das für öffentliche Gebäude und Verwaltungen gültige Datenschutzrecht nicht.

Auf den U-Bahnhöfen wurde Personal durch Kameras ersetzt, und mit politischer Unterstützung läuft derzeit ein Modellversuch.

Die Humanistische Union lehnt die Videoüberwachung ab, weil die bürgerrechtlichen Risiken eklatant sind, während der Nutzen für die Sicherheit äußerst fragwürdig ist. Kameras können bei Straftaten nicht eingreifen, sondern sie allenfalls dokumentieren. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass Videoüberwachung eher eine Verlagerung als einen Rückgang von Straftaten bewirkt.

#### *Positionen der Parteien:*

CDU und SPD verweisen bei der Videoüberwachung an privat-öffentlichen Orten, wozu auch die BVG gehört, auf das Hausrecht.

Die CDU hält Überwachungskameras für sinnvoll, weil so Straftaten leichter dokumentiert und verfolgt werden könnten. Außerdem schreckten sie ab und das Sicherheitspersonal könne, ohne erst alarmiert worden zu sein, eingreifen. Darüber hinaus will die CDU besonders gefährliche öffentliche Plätze durch die Polizei videoüberwachen lassen. Diese Überwachung sei geeignet, kostengünstig an relevanten Orten das Sicherheitsgefühl zu stärken und die Kriminalität zurückzudrängen.

Die SPD spricht sich für ein Beachten der Regeln des Datenschutzes aus. Eine generelle Videoüberwachung öffentlicher Orte wird abgelehnt, allerdings befürwortet sie wie die CDU eine Videoüberwachung an gefährdeten Orten.

Die Linkspartei.PDS spricht sich gegen eine Videoüberwachung des öffentlichen Raumes aus. Die videoüberwachten Orte müssten gekennzeichnet sein. Sie steht dem BVG-Modellversuch der Videoüberwachung auf drei U-Bahnlinien skeptisch gegenüber, möchte jedoch die Ergebnisse abwarten.

Noch stärker lehnen Bündnis 90/Die Grünen und die FDP die Videoüberwachung ab.

Bündnis 90/Die Grünen sehen in der Videoüberwachung einen erheblichen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Eine Ausweitung komme für sie nur in Betracht, wenn wissenschaftlich fundiert dargelegt werde, dass Videoüberwachung im konkreten Fall Straftaten tatsächlich verhindere und es keine bürgerrechtsverträgliche Alternativen gebe. Eine Vorratsdatenspeicherung lehnen sie ab. Zur Verhinderung von Straftaten taugten Kameras nur, wenn live beobachtet werde und Sicherheitspersonal schnell am Ort des Geschehens sein könne.

Die FDP ist generell gegen die Videoüberwachung, weil sie massiv Grundrechte verletzte, ohne vor Kriminalität und terroristischen Anschlägen zu schützen. Die Videoüberwachung öffentlicher Plätze verdränge nur die Kriminalität an andere Orte. Die FDP meint, die BVG solle das Geld für die Videoüberwachung in Personal investieren.

## Polizeibeauftragte

2. Befürworten Sie die Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle, die Vorwürfen unverhältnismäßigen polizeilichen Handelns nachgeht („Polizeibeauftragte/r“)?

	CDU	FDP	SPD	Grüne	Linke
Ja		+		+	+
Nein	+		+		

### *Position der Humanistischen Union:*

Die Humanistische Union befürwortet eine unabhängige Beschwerdestelle, die Vorwürfen unverhältnismäßiger Polizeigewalt nachgehen kann. Bisher gibt es für Betroffene nur die Möglichkeit einer Strafanzeige, die regelmäßig zu einer Gegenanzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und fast nie zu Verurteilungen von PolizistInnen führt. Zudem bleiben bei der rechtlichen Auseinandersetzung mit einzelnen PolizistInnen strukturelle Mängel in der Polizei außer acht. In Hamburg war die Humanistische Union mit Professor Fritz Sack an einer Polizeikommission beteiligt, die allerdings nur ehrenamtlich arbeitete. Aus diesen Erfahrungen fordert die Humanistische Union eine hauptamtliche, mit weitreichenden Befugnissen ausgestattete Stelle.

### *Positionen der Parteien:*

Die SPD hält eine unabhängige Beschwerdestelle für unnötig, weil entsprechende Probleme im Innenausschuss thematisiert werden und die Polizeiführung sich „ehrlich bemüht, die Sachverhalte aufzuklären“

Die CDU hält ebenfalls die bestehenden Möglichkeiten der Kontrolle polizeilichen Handelns für ausreichend.

Die Linkspartei.PDS befürwortet, auch wenn es bereits deutliche Veränderungen innerhalb der Polizeiführung gebe, eine unabhängige Beschwerdestelle. Sie konnte sich damit in der Koalition nicht durchsetzen.

Bündnis 90/Die Grünen sind, weil eine gerichtliche Aufarbeitung polizeilichen Handelns meistens scheitert, für diese Stelle. Sie sollte auch anonymen Hinweisen aus den Reihen der Polizei nachgehen können. Neben der Überprüfung individuellen Fehlverhaltens könne die Polizeibeauftragte auch helfen, durch strukturelle Veränderungen das Risiko unverhältnismäßigen polizeilichen Handelns zu mindern.

Die FDP ist für eine mit den notwendigen Rechten ausgestattete, unabhängige Beschwerdestelle. Als Vorbild nennt sie den Beauftragten für Informationsfreiheit und Datenschutz.

---

### Kennzeichnung von PolizistInnen

#### 3. Befürworten Sie eine individuelle Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten?

	CDU	FDP	SPD	Grüne	Linke
Ja		+	+	+	+
Nein	+				

#### *Position der Humanistischen Union:*

Die Humanistische Union hält für eine effektive Kontrolle der Polizei eine individuelle Kennzeichnung für erforderlich. Im demokratischen Rechtsstaat ist polizeiliches Handeln an Gesetze gebunden, deren Einhaltung im Einzelfall überprüfbar sein muss. Die beschlossene Gruppenkennzeichnung ist höchstens ein halbherziger Schritt in die richtige Richtung. Wer in Uniform Straftaten begeht, muss eindeutig identifizierbar sein.

#### *Positionen der Parteien:*

Die CDU ist gegen Namensschilder bei PolizistInnen. Außerdem sei jede Beamte verpflichtet, auf Verlangen ihre Dienstkarte auszuhändigen.

Die SPD will eine individuelle Kennzeichnung nicht gegen den Willen der Polizei durchsetzen.

Die Linkspartei.PDS befürwortet die im Koalitionsvertrag vereinbarte individuelle Kennzeichnung. Sie konnte nicht gegen die Polizei durchgesetzt werden. Die Linkspartei.PDS will eine individuelle Kennzeichnung durchsetzen, wenn es bei der individuellen Zuordnung, zum Beispiel in Gerichtsverfahren, Probleme gibt.

Bündnis 90/Die Grünen und die FDP befürworten eindeutig eine individuelle Kennzeichnung und halten die Gruppenkennzeichnung für unzureichend.

4. Sollten Demonstrationen verboten werden können, wenn sie ...

- dem Ansehen Deutschlands bzw. Berlins in der Welt schaden könnten?

	CDU	FDP	SPD	Grüne	Linke
Ja	+				
Nein		+	+	+	+

*Position der Humanistischen Union:*

Die Humanistische Union verteidigt entschieden die Versammlungsfreiheit gegen immer wieder aufflackernde Bestrebungen, es zu beschränken. Das Ansehen eines Gemeinwesens kann kein Grund sein, ein Grundrecht zu beschränken. Trotzdem fordern PolitikerInnen dies immer wieder.

*Positionen der Parteien:*

Nur die CDU kann sich, wenn das Ansehen Deutschlands gefährdet sei, in bestimmten, eng gefassten Fällen vorstellen, Demonstrationen an symbolträchtigen Orten wie dem Brandenburger Tor zu verbieten.

Die SPD hält eine mögliche Gefährdung des Ansehens Deutschland in der Welt für keinen ausreichenden Grund.

Die Linkspartei.PDS betont, dass das Demonstrationsrecht eines der konstituierenden Rechte der Demokratie und ein bedeutendes Minderheitenrecht sei.

Bündnis 90/ Die Grünen sind ebenfalls gegen eine so begründete Einschränkung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit. Sie sehen sogar einen Schaden für das Ansehen Deutschlands als demokratischer Staat, wenn solche Gesichtspunkte für ein Verbot herangezogen werden könnten.

- in der Nähe von Parlamentsgebäuden stattfinden?

	CDU	FDP	SPD	Grüne	Linke
Ja	+	+	+		
Nein				+	+

*Position der Humanistischen Union:*

Die Humanistische Union fordert die Abschaffung der Bannmeilen um Parlamente. Grundrechtsbeschränkte Zonen passen nicht in eine Demokratie. Zum Schutz der Abgeordneten reichen das Hausrecht und das Versammlungsrecht aus.

*Positionen der Parteien:*

Die CDU und die SPD halten die derzeitige Bannmeilen-Regel für sinnvoll.

Die FDP hält eng begrenzte Bannmeilen, um die Funktionsfähigkeit der Parlamente zu sichern, für erforderlich.

Die Linkspartei.PDS hält sie für ein Relikt.

Bündnis 90/Die Grünen meinen, dass, wie in anderen europäischen Hauptstädten, die Funktionsfähigkeit des Parlaments auch auf andere Weise gewährleistet werden könne.

- die Menschenwürde beeinträchtigen?

	CDU	FDP	SPD	Grüne	Linke
Ja	+	+	+	+	+
Nein					

*Position der Humanistischen Union:*

Aus Sicht der Humanistischen Union kann höchstens die Beeinträchtigung der Menschenwürde ein Demonstrationsverbot rechtfertigen. Zuvor muss jedoch im Einzelfall geprüft werden, ob die Demonstration nicht mit Auflagen stattfinden kann. Demonstrationsverbote zum Schutz der Menschenwürde sind nach Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes seit langem möglich. Entsprechende Gesetze auf Bundes- und Landesebene sind daher unnötig und wurden von der Humanistische Union zudem als übers Ziel hinausschießend kritisiert.

*Positionen der Parteien:*

Für alle Parteien ist der Schutz der Menschenwürde wichtiger als die Versammlungsfreiheit.

Die CDU betont, der Schutzbereich von Grundrechten (auch der Versammlungsfreiheit) umfasse niemals die Beeinträchtigung der Menschenwürde.

Die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP sagen, dass Demonstrationen aus diesem Grund bereits jetzt verboten werden können.

Die FDP hält die 2005 beschlossene Änderung des Versammlungsrechts für überflüssig. Die Berliner Gedenkstättenverordnung, nach der an 14 von 500 Gedenkorten nicht mehr demonstriert werden darf, sei purer Aktionismus. Die Liberalen meinen: „Ein Grundrecht für 80 Millionen Menschen einzuschränken, um Aufmärsche von wenigen Rechtsextremisten zu verhindern, ist Ausdruck von Schwäche und Unsicherheit.“

Die Linkspartei.PDS sagt, sie betrachte ein Verbot von Demonstrationen an Orten, die den Nazi-Opfern gewidmet sind, skeptisch. Dennoch habe sie dem entsprechenden Gesetz zugestimmt.

Verdachtsunabhängige Kontrollen

5. Befürworten Sie die Abschaffung verdachtsunabhängiger Kontrollen an sogenannten „kriminalitätsbelasteten Orten“?

	CDU	FDP	SPD	Grüne	Linke
Ja				+	+
Nein	+	+	+		

*Position der Humanistischen Union:*

Die Humanistische Union fordert seit langem ein Abschaffen der verdachtsunabhängigen Kontrollen. Wer sich an einem öffentlich zugänglichen Ort gesetzeskonform verhält, hat das Recht, vom Staat in Ruhe gelassen zu werden. Es widerspricht dem Menschenbild des Grundgesetzes, wenn jeder Mensch vom Staat als potenzielle Kriminelle behandelt wird. Außerdem ist die Auswahl tendenziell rassistisch, weil besonders fremd aussehende Menschen kontrolliert werden.

*Positionen der Parteien:*

Die CDU hält verdachtsunabhängige Kontrollen an „kriminalitätsbelasteten Orten“ für zumutbar, da diese Einstufung bekannt gemacht werde. Dies trage vielfach zur Vermeidung von Straftaten und einer Besserung der Lage bei.

Die SPD hält die derzeitige Regel für richtig.

Ebenso meint die FDP, dass verdachtsunabhängige Kontrollen an wenigen, eng definierten Orten sinnvoll seien.

Nach Ansicht von Bündnis 90/Die Grünen habe die Kontrolle von Menschen, gegen die nichts vorliege, wenig mit den klassischen Aufgaben der Polizei zu tun.

Die Linkspartei.PDS ist gegen verdachtsunabhängige Kontrollen. Sie denkt, wer nichts Verbotenes getan habe, solle vom Staat in Ruhe gelassen werden.

Rasterfahndung

6. Befürworten Sie die Abschaffung der Rasterfahndung?

	CDU	FDP	SPD	Grüne	Linke
Ja		+		+	+
Nein	+		+		

*Position der Humanistischen Union:*

Die Humanistische Union lehnt die Rasterfahndung seit ihrem ersten Einsatz in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts ab. Sie ist gegen das sinnlose und bis jetzt auch immer erfolglose Erfassen Tausender in der Hoffnung, so eine TerroristIn zu finden. Das gelang nicht gegen die RAF. Das

gelang nicht gegen Al Kaida. Aber es wurden, wie der Bericht des Berliner Datenschutzbeauftragten zur Rasterfahndung von 2001 eindrücklich zeigt, wochenlang PolizistInnen mit dem fruchtlosen Abgleichen von Daten beschäftigt. Außerdem war die Rasterfahndung in ihrer ersten Phase gesetzeswidrig.

*Positionen der Parteien:*

Gerade in Zeiten terroristischer Bedrohung hält die CDU die Rasterfahndung als Mittel der Kriminalitätsbekämpfung für unverzichtbar, obwohl die Erfolge der Rasterfahndung in der Vergangenheit noch sehr beschränkt waren. Das Instrument sei daher weiter zu optimieren.

Die SPD will das BVG-Urteil zum nordrhein-westfälischen Polizeigesetz auswerten. Sie denkt, dass das derzeitige Berliner Gesetz nicht geändert werden müsse. Aber sie sei bereit die Rasterfahndung an denkbare zukünftige Bedrohungslagen anzupassen.

Die drei kleinen Parteien wollen die Rasterfahndung abschaffen.

Die Linkspartei.PDS sieht in der Rasterfahndung ein untaugliches Mittel und einen schweren Eingriff in die Bürgerrechte. Nur das Ende der Legislaturperiode hindere sie, nach dem jüngsten BVG-Urteil, daran, das Berliner Gesetz zu überprüfen

Bündnis 90/Die Grünen weisen darauf hin, dass das Abgeordnetenhaus bereits 2004 auf ihren Antrag eine Eingrenzung der Rasterfahndung beschlossen habe. Das Desaster der Berliner Rasterfahndung nach dem 11. September 2001 habe gezeigt, dass so keine Terroristen gefangen werden.

Die FDP sieht in ihr einen völlig unverhältnismäßigen Grundrechtseingriff, der noch nie brauchbare Ergebnisse hervorbrachte.

Einsatz von Brechmitteln

7. Befürworten Sie das zwangsweise Verabreichen von Brechmitteln bei Menschen, die des Drogenhandels verdächtigt werden?

	CDU	FDP	SPD	Grüne	Linke
Ja	+		+		
Nein		+		+	+

*Position der Humanistischen Union:*

Die Humanistische Union hält den zwangsweisen Einsatz von Brechmitteln, der bereits zu Todesfällen führte, für zutiefst inhuman. Bedenklich ist zudem, dass bei einem Großteil der Brechmitteleinsätze keine Drogen gefunden wurden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Bundesrepublik wegen eines Brechmitteleinsatzes inzwischen zum Zahlen von Schmerzensgeld verurteilt. Die Beweise dürfen nicht verwertet werden. Auch in Berlin muss jetzt der Einsatz von Brechmitteln verboten werden.

*Positionen der Parteien:*

CDU und SPD sind in begründeten Verdachtsfällen für das Verabreichen von Brechmitteln. Dies sei auch nötig, um die betroffenen Personen vor erheblichen Gesundheitsgefahren zu schützen. Die SPD betont, dies habe unter ärztlicher Aufsicht zu geschehen.

Die Linkspartei.PDS lehnt den Brechmitteleinsatz ab, da dies auch gesundheitsgefährdend sei. Dennoch weißt sie auf die Gegenargumente hin. Der Einsatz von Brechmitteln sei ein milderer Mittel im Verhältnis zu mehrtägigen Inhaftierungen. Außerdem werde der Polizei, wenn sich Drogenbehälter im Magen der Betroffenen auflösten, unterlassene Hilfeleistung vorgeworfen.

Aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen sei ein solcher Eingriff unverhältnismäßig und gefährlich. Bündnis 90/Die Grünen begrüßen das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte. Er sehe in der zwangsweisen Verabreichung von Brechmitteln eine inhumane und erniedrigende Behandlung.

Die FDP hält nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte eine weitere Anwendung für ausgeschlossen.

Hinweis: Einige Parteien antworteten bereits vor dem Urteil.



## Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe

### Direkte Demokratie

---

1. Befürworten Sie – über die beschlossenen Veränderungen bei Bürgerbegehren und Volksentscheid hinaus – weitere Verbesserungen für direktdemokratische Verfahren? Wenn ja, welche?

#### *Position der Humanistischen Union:*

Für die Humanistische Union steht die aktive BürgerIn im Zentrum der Demokratie. Direktdemokratische Partizipation einschließlich Volksgesetzgebung ist aus dieser Perspektive gleichrangig zu repräsentativ-demokratischen Entscheidungsprozessen. Dies ist in Deutschland nirgends realisiert.

Die Humanistische Union begrüßt, dass Berlin sich in diesem Politikfeld in der abgelaufenen Legislaturperiode deutlich, wenn auch noch nicht ausreichend bewegt hat.

Während auf bezirklicher Ebene die erfolgreiche Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden so sehr erleichtert wurde, dass diese Instrumente in der kurzen Zeit seit ihrer Reform bereits mehrfach genutzt wurden, erlauben die Erleichterungen auf Landesebene, die noch mit einer Volksabstimmung am 17. September bestätigt werden müssen, kein so positives Fazit.

Die Hürden wurden trotz deutlicher relativer Absenkungen absolut auf einer Höhe belassen, die Erfolg versprechende Volksbegehren und Volksentscheide nur im organisatorischen Kontext mit regulären Wahlen Erfolgsaussichten einräumen. Zukünftig erlaubte Verfassungsänderungen per Volksgesetzgebung bleiben illusorisch. Dass das Volk bislang rechtlich und demnächst immer noch praktisch von der Änderung seiner Verfassung abgehalten wird, ist für die Humanistische Union schlicht undemokratisch. Dies wird besonders daran augenscheinlich, wenn bei den inzwischen verbreitet niedrigen Wahlbeteiligungen der Grad der Repräsentation in den Parlamenten so weit zurück geht, dass die realen Mehrheiten in ihnen – gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten – unter den für erfolgreiche Volksentscheide geforderten Quoren bleiben.

Ebenso muss der immer noch im Gesetz stehende Ausschluss von Themen fallen.

Die Humanistische Union fordert in Berlin die für die Landesebene geltenden Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide weiter abzusenken.

Ein weiterer entscheidender Faktor ist das Ausführungsgesetz, in dem beispielsweise geregelt wird, wo Unterschriften für Volksbegehren gesammelt werden dürfen. Hier fordert die Humanistische Union unter anderem die Möglichkeit der freien Sammlung auf Unterschriftenlisten.

Doch trotz dieser Bedenken ist der jetzige Vorschlag ein Schritt in die richtige Richtung.

*Positionen der Parteien:*

Die CDU möchte abwarten, wie die Regeln sich in der Praxis bewähren. Aktuell strebe sie keine weiteren Veränderungen an.

Die SPD will bürokratische Anforderungen möglichst beschränken. Sie ist für die freie Sammlung und das Erlauben von Unterschriftenlisten. Die bisherigen Erfahrungen auf bezirklicher Ebene sollen geprüft werden. Danach sei sie für weitere Gesetzesänderungen offen.

Die Linkspartei.PDS sagt, sie sei entschiedene BefürworterIn direkter Demokratie. Weitere Schritte auf der Agenda seien niedrige Beteiligungsquoten, keine gesonderten Zustimmungsquoten, einfache und bürgerfreundliche Verfahren, verbindliche Bürgerbeteiligung auch bei der Aufstellung der Bezirkshaushalte, ein bezirkliches Wahlrecht auch für Nicht-EU-BürgerInnen und die Möglichkeit des Kumulieren und Panaschieren bei den BVV-Wahlen.

Bündnis 90/Die Grünen halten viele Quoren immer noch für zu hoch. Beim Bürgerentscheid auf Bezirksebene wollen sie, damit Anliegen, die nur einen Kiez betreffen, erfolgreich abgestimmt werden können, das Quorum senken. Auf Landesebene ist die Partei bei Volksbegehren für die freie Sammlung und bei Volksentscheiden für eine hinreichende Information der Abstimmenden über den Gegenstand des Entscheids.

Die FDP ist für ein spürbares Absenken der Quoren, die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens auf bezirklicher und Landesebene und für eine Direktwahl des Bezirksbürgermeisters.

---

Informationsfreiheitsgesetz

2. Was wollen Sie tun, damit das Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG) künftig verstärkt in Anspruch genommen werden kann?

*Position der Humanistischen Union:*

Die Humanistische Union steht für eine selbstbewusste Bürgergesellschaft die der öffentlichen Verwaltung auf Augenhöhe gegenüber steht. Sie sieht die Bürgerschaft als Souverän in der Demokratie und fordert deshalb eine weitest mögliche Transparenz des gesamten Staates. Informationsfreiheitsgesetze sind hierzu ein wesentlicher Baustein, weil hier das Prinzip gilt: Alle Handlungen des Staates sind öffentlich.

Die in allen deutschen Informationsfreiheitsgesetzen präsenste Gegenposition, Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozesse durch Ausnahmetatbestände dem Transparenzprinzip zu entziehen, verträgt sich nicht mit dem Demokratieverständnis der Humanistischen Union.

Das Berliner IFG ist bei der Bevölkerung und den MitarbeiterInnen der Verwaltung noch zu wenig bekannt. Neben der Information der Öffentlichkeit über das Gesetz muss deshalb eine Aufklärungskampagne innerhalb der Verwaltung gestartet werden, um Widerstände gegen die Aufgabe des Amtsheimnisses abzubauen.

Die für IFG-Anträge geltende Gebührenordnung erlaubt maßvolle Gebühren. Sie verhindert jedoch nicht, dass bei unliebsamen Anträgen versucht werden kann, die Antragsteller durch überhöhte Kosten abzuschrecken.

Die Realisierung des Informationsanspruchs auf Grundlage des IFG ist sehr von der jeweiligen Behördenleitung abhängig.

Die diesbezüglichen Defizite wurden im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens für die bereits in der Rückschau erwähnte Schwächung des IFG wieder deutlich.

Besonders ärgerlich ist die ablehnende Haltung des Regierenden Bürgermeisters zu einem Antrag auf Einsicht in seinen offiziellen Terminkalender. Der Antrag wurde mit der klein karierten Begründung abgelehnt, bei dem Kalender handele es sich nicht um eine Akte im Sinne des IFG. Die Humanistische Union hofft diesbezüglich auf die Entwicklungsfähigkeit des Demokratieverständnisses von Klaus Wowereit.

*Positionen der Parteien:*

Die CDU hält die bestehenden Regelungen für ausreichend.

Die SPD kann sich vorstellen, überhöhte Gebühren nach unten anzupassen. Allerdings:

„Das größte Hindernis (...): Die Lektüre von Akten ist...eine mühsame und langweilige Angelegenheit.“

Aus Sicht der Linkspartei.PDS dürfe der Gebührenkatalog keine Hürde für die Inanspruchnahme der Informationsfreiheit darstellen. Außerdem wolle sie offensiv für das Gesetz werben.

Bündnis 90/Die Grünen sind für eine anwenderfreundliche Gebührenstaffel und die Aufnahme der Informationsfreiheit in die Berliner Verfassung. Das IFG müsse bei Bürgern und Verwaltung bekannter werden. Die Fraktion werde auch weiterhin gegen Bestrebungen der Verwaltung, den Auskunftsanspruch zu beschränken, arbeiten.

Auch die FDP spricht sich für geringere Gebühren, ein Überprüfen der Gründe für ein Ablehnen der Akteneinsicht und eine verstärkte Information der Berliner über das IFG aus.

---

## Bürgerschaftliches Engagement

3. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie bürgerschaftliches Engagement stärken? Bitte nennen Sie maximal drei Punkte.

*Position der Humanistischen Union:*

Aus Sicht der Humanistischen Union ist bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar für eine lebendige Demokratie. Von politischer Seite ist zu erwarten, dass sie bürgerschaftliches Engagement anerkennt, fördert und in Entscheidungen einbezieht. Der Staat kann die Zivilgesellschaft nicht ersetzen, aber er kann die Rahmenbedingungen verbessern.

Dazu gehören ein umfassender Versicherungsschutz, Qualifikationsmöglichkeiten, Aufwandsentschädigungen und Vergünstigungen (zum Beispiel im Rahmen eines Ehrenamtspasses). Ebenso muss das Steuerrecht so geändert werden, dass sich ehrenamtliches Engagement auch

für Menschen mit einem geringen oder keinem Einkommen lohnt. Bereits während der Schulzeit sollte das bürgerschaftliche Engagement gefördert werden.

Damit das Ehrenamt in Berlin präsenter wird, sind die Erfahrungen des Quartiermanagement zu nutzen, ein Freiwilligenstrukturatlas zu erstellen und eine Ehrenamtskampagne nach dem hessischen Vorbild durchzuführen.

*Positionen der Parteien:*

Die CDU will die Möglichkeiten der finanziellen Aufwandsentschädigung für Helfer im ehrenamtlichen Bereich verbessern, den Freiwilligen Polizeidienst wieder einführen und, nach dem Vorbild Hessens, eine Ehrenamtskampagne machen.

Die SPD will die positiven Erfahrungen des Quartiersmanagements nutzen, Förderinstrumente zur Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeit im Kulturbereich entwickeln und Bürger auf kommunaler Ebene stärker an Entscheidungen beteiligen.

Bündnis 90/Die Grünen wollen die Beteiligungsmöglichkeiten und –rechte der Menschen in allen Bereichen stärken und dafür hinderliche Bürokratie abbauen. Außerdem wollen sie die Infrastruktur für freiwilliges Engagement weiterentwickeln und ehrenamtliches Engagement Jugendlicher und Freiwilligendienste bereits in der Schule unterstützen.

Für die Linkspartei.PDS sei die Teilhabe beziehungsweise Alleinverantwortung der Einwohner an der Planung, Entscheidung und Realisierung der öffentlichen Angelegenheiten maßgeblich. Sie unterstütze einen Freiwilligenstrukturatlas, bei dem Interessierte einfach sehen könnten, wo sie sich engagieren könnten. Außerdem sei sie für eine nachhaltige Sicherung und Ausbau der bestehenden Unterstützungsstrukturen der Freiwilligenarbeit und Bürgerbeteiligung.

Die FDP will die versicherungstechnische Situation verbessern und direktdemokratische Elemente auf Bundesebene einführen.

---

Ethikunterricht

4. Wie stehen Sie zur Einführung des (religiös und weltanschaulich neutralen) Schulfaches „Ethik“ und welche Änderungen fordern Sie gegebenenfalls?

*Position der Humanistischen Union:*

Die Humanistische Union begrüßt die Einführung des religiös und weltanschaulich neutralen Faches für alle SchülerInnen. Im multireligiösen und größtenteils konfessionslosen Berlin ist dies das bessere Modell. Den von den Kirchen geforderte staatliche Religionsunterricht, der nur einige Gruppen privilegieren und die Aufgaben von Staat und Kirche vermengen würde, lehnt die Humanistische Union als die schlechtere Alternative ab.

Die konkrete Ausgestaltung des Faches begleitet die Humanistische Union zusammen mit dem „Forum gemeinsames Wertefach“ jedoch kritisch: Die Humanistische Union will, dass in dem neuen Fach neben Philosophie auch Religionswissenschaft, interkulturelles Lernen und Menschenrechtsbildung ihren festen Platz haben. Außerdem muss eine adäquate Ausbildung der LehrerInnen gewährleistet werden. Besorgt ist die Humanistische Union über

die Wirkung des Staatskirchenvertrages mit der evangelischen Kirche auf das neue Fach. Darin hat sich Berlin ohne Not verpflichtet, das neue Fach niemals in den unteren Klassenstufen anzubieten. Zudem soll es gemeinsame Unterrichtsphasen mit dem konfessionellen Religionsunterricht geben. Die Vermengung eines allgemeinen Unterrichts mit einem Bekenntnisunterricht verstößt nach Auffassung der Humanistische Union gegen die Religionsfreiheit.

*Positionen der Parteien:*

Die CDU hat keine Einwände gegen ein solches Schulfach. Über die Lerninhalte müsse noch kräftig gestritten werden. „Religion – Ethik/Philosophie“ müsse ein ordentliches Wahlpflichtfach sein.

Die SPD „ist eindeutig für ein solches Schulfach“.

Bündnis 90/Die Grünen befürworten ein verbindliches Unterrichtsfach, in dem sich alle SchülerInnen gemeinsam mit Fragen des Zusammenlebens in unserer vielfältigen Gesellschaft auseinandersetzen. Änderungsbedarf sehen sie bei der Ausbildung der LehrerInnen. Diese müssten befähigt werden, fair, kompetent und objektiv mit der religiös-weltanschaulichen Vielfalt im Unterricht umzugehen.

Die Linkspartei.PDS sagt, sie habe ein für alle SchülerInnen verbindliches religiös und weltanschaulich neutrales Fach stets unterstützt und maßgeblich zur Einführung des Faches „Ethik“ beigetragen. Sie lege in diesem Fach besonderen Wert auf die Aspekte interkultureller Bildung. Das solle sich auch im Namen zeigen. Handlungsbedarf sehe die Linkspartei in der qualitativ anspruchsvollen Umsetzung des Faches und der Qualifizierung der Lehrkräfte.

Die FDP ist für ein Wahlpflichtfach Religion/Ethik. Ein undifferenziertes Einheitsfach Ethik werde dagegen von ihr abgelehnt.

---

Bildungschancen

5. Was wollen Sie tun, um die Bildungschancen von sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern und Kindern mit Sprachdefiziten zu verbessern? Bitte nennen Sie maximal drei Punkte.

*Position der Humanistischen Union:*

Die Förderung von Bildungschancen ist für die Humanistische Union ein essentieller Bestandteil der sozialen Rechte. Die PISA-Studien haben gezeigt, dass der Bildungserfolg in Deutschland wie in kaum einem anderen Land von der sozialen Herkunft bestimmt wird. Deshalb fordert die Humanistische Union eine Umstrukturierung der bundesdeutschen Schule hin zu den Schulen der PISA-Gewinnerländern, bei denen Bildungsqualität und soziale Gerechtigkeit kein Widerspruch sind. Dazu gehört der Ausbau von Ganztagschulen, längeres gemeinsames Lernen und ein anderes Lernen. Statt soziale Nachteile zu verschärfen müssen benachteiligte Kinder gezielt gefördert werden.

*Positionen der Parteien:*

Zentral für SPD, CDU, Linkspartei.PDS, Bündnis 90/Die Grünen ist für Kinder bereits in der Kita das Erlernen der deutschen Sprache. Das soll mit verschiedenen Maßnahmen geschehen. Oft fordern die Parteien auch eine Ganztagschule.

Für die CDU ist das Erlernen der deutschen Sprache die zentrale Voraussetzung für einen erfolgreichen Lebensweg. Deshalb müsse die Sprachkompetenz, auch mit verbindlichen Angeboten außerhalb der Schulzeit, gefördert werden. Angebote von Ganztagschulen sollten in Problemgebieten konzentriert und die Trennung zwischen Schule und Jugendhilfe aufgehoben werden. SozialpädagogInnen und PsychologInnen gehörten an die Schule.

Die SPD möchte Sprachdefizite bereits in der Kita beheben und Elternsprachkurse anbieten.

Bündnis 90/Die Grünen wollen mit der Sprachförderung, wenn ein Jahr vor der Einschulung Sprachdefizite festgestellt werden, bereits in der Kita beginnen. Sie fordert den kostenlosen Kitabesuch für Kinder aus sozial schwachen Familien. Langfristig strebe Bündnis 90/Die Grünen eine kostenfreie Kita für alle an. Ein erster Schritt sei ein kostenfreies Jahr vor dem Schulbeginn. Außerdem will Bündnis 90/Die Grünen die Qualität der Schulen steigern und ein längeres gemeinsames Lernen fördern. Ganztagschulen sollten ausgebaut und Eltern, Initiativen und Projekte stärker in die Schule einbezogen werden. In sozial benachteiligten Nachbarschaften sollten Schulen zusätzliche Personalmittel für eine attraktive Profilbildung erhalten. Bündnis 90/Die Grünen wollen ein Fünftel der Mehreinnahmen des Landes in den Bildungsbereich investieren.

Die Linkspartei.PDS ist für eine frühe vorschulische Sprachförderung; vor allem in den Kitas. Dies werde durch die Einführung eines kostenfreien letzten Kitajahres ab 2007 unterstützt. „Deutsch als Zweitsprache“ sollte in der Ausbildung von LehrerInnen ein größeres Gewicht gegeben werden. Die Angebote von Sprachkursen für Eltern mit Migrationshintergrund sollten beibehalten und ausgeweitet werden. Außerdem müssten mehr PädagogInnen, für die Deutsch nicht ihre Muttersprache ist, ausgebildet und eingestellt werden.

Die FDP ist für eine verpflichtende Startklasse und gut betreute Ganztagschulen.

---

## Gesellschaftliche Teilhabe

6. Wie wollen Sie die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund verbessern? Bitte nennen Sie maximal drei Punkte.

*Position der Humanistischen Union:*

Für die Humanistische Union ist neben der Bildung die rechtlich-politische Teilhabe wichtig. Deshalb sollen bei Wahlen und bei direktdemokratischen Abstimmungen möglichst alle dauerhaft hier Lebenden mitbestimmen dürfen. Außerdem müssen sich die Verwaltungen stärker für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen. Sie müssen mehr MigrantInnen einstellen.

*Positionen der Parteien:*

Aus Sicht der CDU ist eine Lohnarbeit zentral für die gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb müssten Menschen in den Arbeitsmarkt integriert werden. MigrantInnen seien in verpflichtenden Integrationskursen sprachlich und im Hinblick auf die deutsche Werte- und Gesellschaftsordnung zu schulen. Wer sich dem entziehe, müsse mit Sanktionen rechnen. Der Bezug von Kindergeld sollte für alle BerlinerInnen an den Nachweis des Schulbesuchs gekoppelt werden. An den Berliner Schulen und Kindergärten sollte ausschließlich Deutsch gesprochen werden.

Die CDU fordert nach Vollendung des vierten Lebensjahres für alle Kinder einen Sprachtest. Daraus resultierend sei eine verbindliche Vorschulsprachförderung anzubieten. Schulen mit hohem Ausländeranteil seien finanziell und personell so auszustatten, dass sie entsprechende Sprachangebote bereitstellen könnten.

Für die SPD stehe Bildung im Vordergrund. Das Bewusstsein der MigrantInnen für Schul- und Berufsabschlüsse müsse verstärkt werden. Außerdem ist die SPD, wenn so die Integrationsbereitschaft gestärkt werden könne, für eine Bleiberechtsregel.

Auch für Bündnis 90/Die Grünen ist Bildung der Schlüssel zur Integration. Neben den bereits in der vorherigen Antwort genannten Maßnahmen will sie mehr interkulturell geschultes Personal an Kitas und Schulen, mehr Sprachförderung (auch für Eltern) und eine gezielte Beteiligung von MigrantInnen an der Bildung ihrer Kinder. Die rechtliche Teilhabe soll durch Verbesserungen im aufenthaltsrechtlichen Status und das Fördern von Einbürgerungen gestärkt werden. Langfristig strebe sie ein Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger an. Bis dahin werde sie MigrantInnenbeiräte durch direkte Wahl, Antrags- und Anhörungsrechte in der BVV stärken. Die interkulturelle Kompetenz der Verwaltung müsse gestärkt und mehr Menschen mit Migrationshintergrund eingestellt werden. Berlin brauche ein überzeugendes Leitbild für Integration. Sie fordern eine Senatsverwaltung für Integration, in die langfristig auch Aufgaben eingegliedert werden, die derzeit von der Ausländerbehörde übernommen würden. Die in ihrer derzeitigen Form integrationsfeindliche Ausländerbehörde wollen sie durch dezentrale Büros ersetzen.

Die FDP nennt als wichtigste und einzige Maßnahme den Abbau von Sprachdefiziten.

Die Linkspartei.PDS will das bezirkliche Wahlrecht auf Nicht-EU-Bürger erweitern, bestehende Beiräte und Gremien verbindlich in die Entscheidungsvorbereitungen einbeziehen und alle Projekte, die sich der Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund widmen, fördern. Sie will konsequent die Möglichkeiten des Landes hinsichtlich einer erleichterten Einbürgerung nutzen und mehr MigrantInnen in den Öffentlichen Dienst einstellen.

7. Wie wollen Sie Flüchtlingen, insbesondere langjährig Geduldeten, eine Integrationsperspektive bieten? Bitte nennen Sie maximal drei Punkte.

*Position der Humanistischen Union:*

Die Humanistische Union ist für eine Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete. Die größten Hindernisse für eine Integration sind aufenthaltsrechtliche Unsicherheit, Arbeits- und Ausbildungsverbote. Berlin muss sich im Bundesrat und auf der Innenministerkonferenz für eine Regel einsetzen, die Geduldeten eine Zukunftsperspektive eröffnet. Zudem müssen die Spielräume des Aufenthaltsgesetzes offensiv im Sinn der Betroffenen genutzt werden. Die Entscheidungen der Härtefallkommission müssen vom Innensenator beachtet werden.

*Positionen der Parteien:*

Die CDU hält Integrationsanstrengungen für AusländerInnen, die kein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland erhalten können, wie abgelehnte AsylbewerberInnen und Flüchtlinge, für falsch. Hier sei das geltende Ausländerrecht konsequent durchzusetzen. Alles, was den Aufenthalt faktisch verfestige und ein späteres Verlassen Deutschlands erschwere, sei zu unterlassen. Neben der zwangsweisen Aufenthaltsbeendigung sei noch einmal ein Programm für eine freiwillige Rückkehr in das Heimatland aufzulegen.

Die SPD verweist in ihrer Antwort darauf, dass das Asylgesetz nur bundeseinheitlich geändert werden könne. Verfahren sollten in ein bis zwei Jahren beendet werden.

Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich im Namen der Flüchtlinge für ein offensives Nutzen der mit dem Zuwanderungsgesetz erweiterten aufenthaltsrechtlichen Spielräume des Landes aus. Abschiebedrohungen, Arbeits- und Ausbildungsverbote müssten vermieden werden. Der Senat müsse sich im Bund offensiv für eine Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete einsetzen und in Berlin entsprechend handeln. Die Härtefallkommission müsse gestärkt werden. Denkbar sei, dass der Innensenator begründen müsse, wenn er einem Härtefallersuchen nicht nachkomme.

Die Linkspartei.PDS sagt, sie setze sich, über die Landesebene, weiterhin für eine bundesweite gesetzliche Bleiberechtsregelung und für eine weitgehende Ausschöpfung bestehender Ermessensspielräume, mit dem Ziel einer aufenthaltsrechtlichen Absicherung, ein. Außerdem sei sie für eine großzügigere Erteilung von Arbeitserlaubnissen.

Die FDP ist für eine Stichtagsregel. Außerdem sollen AsylbewerberInnen bereits während des Verfahrens arbeiten dürfen.



## Strafvollzug

### Vermeidung von Haft

---

1. Obwohl Straftaten abnehmen, nimmt die Zahl der Inhaftierten zu. Welche Maßnahmen zur Vermeidung von Gefängnisaufenthalten sollten aus Ihrer Sicht ergriffen werden?

#### *Position der Humanistischen Union:*

Für die Humanistische Union ist eine Haftstrafe nicht nur der Ausdruck eines individuellen, sondern auch eines gesellschaftlichen Scheiterns. Wenn trotz rückläufiger Straftaten immer mehr Menschen in Haft sitzen, stimmt etwas nicht. Energische Gegenmaßnahmen sind auf unterschiedlichen Ebenen notwendig. Sie reichen von sozialer Präventionspolitik über geringere Strafmaße bis zu Haftvermeidungs- und Haftverkürzungsmaßnahmen.

Außerdem gilt immer noch der Satz: Eine gute Sozialpolitik ist die beste Politik gegen Verbrechen.

#### *Positionen der Parteien:*

Für die CDU ist eine effektive Kriminalitätsbekämpfung (Strafverfolgung und präventive Bemühungen) der beste Weg um weniger Menschen zu inhaftieren. Gefängnisaufenthalte im Rahmen der Verbüßung von Freiheitsstrafen seien jedoch unerlässlich.

Die SPD spricht sich für den Ausbau von Programmen wie „Schwitzen statt Sitzen“ aus.

Bündnis 90/Die Grünen möchten auf drei Gebieten tätig werden:

Prävention und Jugendarbeit: Jugendarbeit, Jugendgerichtsbarkeit, Schule und Zivilgesellschaft müssten in den Kiezen koordiniert werden, um kriminellen Karrieren vorzubeugen. Es dürfe keine weiteren Kürzungen bei den Trägern für Maßnahmen nach dem Jugendgerichtsgesetz und dem Kinder- und Jugendhilfegesetz geben. Vom Jugendgericht angeordnete pädagogische Maßnahmen müssten zeitnah stattfinden.

Haftvermeidung und -verkürzung: Haftvermeidungsprojekten, wie „Arbeit statt Strafe“, müssten ausgebaut werden.

Behandlungsvollzug: Durch verbesserte Resozialisierung, Entlassungsvor- und -nachbereitung könne die Haft verkürzt und das Rückfallrisiko vermindert werden.

Die Linkspartei.PDS verweist auf die härtere Rechtsprechungen der unabhängigen Gerichte. Sie unterstütze seit langem Maßnahmen, die zur Haftvermeidung oder -verkürzung beitragen, wie das Erhöhen der straffrei zu besitzenden Cannabismenge, Drogenkonsumräume für Schwerstabhängige, ambulante Nachsorge für entlassene SexualstraftäterInnen, Maßnahmen im Bereich des Vollzugs (wie Verbesserung der Resozialisierungsmöglichkeiten, Transparenz und Zielgerichtetheit der Vollzugsplanung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und mehr vorzeitige Entlassungen) und, vor allem im Kinder- und Jugendalter, Strategien zur Prävention.

Die FDP ist für einen Ausbau der Ersatzfreiheitsstrafen und ein Ausschöpfen freier Kapazitäten im offenen Vollzug. Dafür müssten, insbesondere im Jugendstrafvollzug, die Kürzungen bei den SozialarbeiterInnen- und PsychologInnenstellen zurückgenommen werden. Bei den 2/3-Entlassungen solle Berlin sich an den fortschrittlichen Ländern orientieren.

---

## Entlassung auf Bewährung

2. Bei den vorzeitigen Entlassungen auf Bewährung liegt Berlin bundesweit ganz hinten. Wie kann Berlin hier seine Position verbessern?

### *Position der Humanistischen Union:*

Die Humanistische Union fordert eine Vollzugsplanung, die regelmäßig und systematisch auf eine vorzeitige Entlassung hinarbeitet. Dafür muss in den Berliner Gefängnissen wieder das gesetzlich festgelegte Resozialisierungsziel ernst genommen werden. Es muss eine überprüfbare Vollzugsplanung geben. Dafür muss entsprechend qualifiziertes Personal eingestellt werden.

### *Positionen der Parteien:*

Die CDU sieht keine Anhaltspunkte für eine Kritik an der Berliner Praxis. Eine besonders großzügige Praxis bei der Strafaussetzung auf Bewährung sei nicht unbedingt ein Qualitätsmerkmal.

Die SPD weißt darauf hin, dass Berlin führend bei Vollzugslockerungen sei. Außerdem liege die Entscheidung über eine vorzeitige Entlassung in der Hand unabhängiger RichterInnen.

Die Linkspartei.PDS verweist ebenfalls auf Berlins Spitzenplatz bei der Gewährung von Vollzugslockerungen. Die wenigen Entlassungen auf Bewährung hält sie für unbefriedigend und will daran arbeiten.

Bündnis 90/Die Grünen fordern in den Gefängnissen eine verstärkte, von qualifiziertem Personal geleitete Resozialisierungsarbeit. Die Vollzugsplanung solle regelmäßig und frühzeitig auf eine Entlassung nach 2/3 der Haftzeit hinarbeitet.

Die FDP ist hier für eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und dem Beseitigen von Hindernissen für eine vorzeitige Entlassung in der Kette Untersuchungshaft, geschlossener Vollzug, offener Vollzug, vorzeitige Entlassung.

---

## Haftbedingungen

3. Einige unserer Haftanstalten sind in einem sehr schlechten Zustand. Wie wollen Sie die Haftbedingungen verbessern?

### *Position der Humanistischen Union:*

Die Humanistische Union hält weiterhin den baulichen Zustand der Berliner Haftanstalten – manche stammen aus dem vorletzten Jahrhundert – für stark verbesserungsbedürftig. Zudem findet in manchen Bereichen des Berliner Strafvollzugs nur ein Verwahrvollzug statt des gesetzlich vorgeschriebenen

Behandlungsvollzugs statt. Die chronische Überbelegung verschärft alle anderen Probleme und erschwert die Resozialisierung. Gerichte hatten festgestellt, dass viele in Berlin Inhaftierte rechtswidrig oder sogar verfassungswidrig untergebracht sind. Alle Inhaftierten haben Anspruch auf eine Einzelzelle. Trotzdem gibt es in Berlin immer noch Mehrpersonenzellen.

*Positionen der Parteien:*

CDU, SPD und auch die Linkspartei.PDS wollen, mit leicht unterschiedlichen Akzenten, den baulichen Zustand durch Renovierungen verbessern. SPD und Linkspartei.PDS führen auch den geplanten Bau der JVA Großbeeren an.

Dagegen will Bündnis 90/Die Grünen prüfen, inwiefern durch konsequente Haftvermeidung und –verkürzung, Ausweiten des Offenen Vollzugs und das Nutzen leerer Liegenschaften in Berlin die zum Teil sehr alten Berliner Gefängnisse geschlossen werden könnten.

Die FDP spricht sich eindeutig für das im Gesetz festgelegte Resozialisierungsziel aus. Ausländische Gefangene müssten die Haft verstärkt in deren Heimat verbüßen. Außerdem solle das Geld, das die Regierung in die JVA Großbeeren investiere, in die dringend notwendigen Umbaumaßnahmen der bestehenden JVAs investiert werden.

---

Gefängnis Großbeeren

4. Glauben Sie, dass nach dem Ausschöpfen aller Möglichkeiten der Haftvermeidung und vorzeitigen Entlassungen auf Bewährung der geplante Gefängnisneubau in Großbeeren immer noch nötig ist?

	CDU	FDP	SPD	Grüne	Linke
Ja	+		+		+
Nein		+		+	

*Position der Humanistischen Union:*

Die Humanistische Union bezweifelt, dass der Gefängnisneubau erforderlich ist, wenn die Möglichkeiten der Haftvermeidung und der vorzeitigen Entlassung konsequent genutzt werden. Die Humanistische Union denkt, dass die 82 Millionen für den Bau und die, ab 2012, jährlich 24 Millionen für den Betrieb der JVA Großbeeren sinnvoller in Programme zur Haftvermeidung investiert werden. Die weltweite Erfahrung zeigt, dass neue Gefängnisse nur zu mehr Inhaftierten führen.

*Positionen der Parteien:*

Die CDU ist überzeugt, dass Berlin mehr Haftplätze braucht. Dies gelte insbesondere für den stark überbelegten geschlossenen Vollzug.

Die SPD ist für den Bau, weil Gefangene Anspruch auf menschenwürdige Unterbringung haben und die Gerichte immer öfters Freiheitsstrafen verhängen.

Die Linkspartei.PDS ist für den Neubau. So entstünden bessere Haftbedingungen. Außerdem verweisen sie auf den zum Teil kritikwürdigen Zustand in den bestehenden Gefängnissen.

Dagegen glaube Bündnis 90/Die Grünen nicht, dass ein neues Gefängnis die einzige Möglichkeit gegen die Überfüllung im Berliner Männervollzug sei. Sie wollen prüfen, wie viele Haftkapazitäten eingespart werden könnten, wenn Berlin öfters Gefangene auf Bewährung entlasse, was dazu getan werden müsse und wie teuer dies sei.

Aus Sicht der FDP sollte die Haftvermeidung im Vordergrund stehen.

## Schlussbemerkungen

Die ausführlichen Antworten geben einen guten Einblick in die innenpolitischen Vorstellungen der Parteien für die kommenden fünf Jahre. Die Humanistische Union ist besonders erfreut über das eindeutige, parteiübergreifende Bekenntnis zum neuen Ethik-Unterricht, zu einem bürgerfreundlicheren IFG, zu einem weiteren Ausbau direktdemokratischer Elemente und dem Demonstrationsrecht.

Auch die zahlreichen Bekenntnisse zu einer bürgerfreundlicheren Polizei erfreuten die Humanistische Union. Wie immer gibt es auch hier einige Wermutstropfen. Die Humanistische Union fragte, ob es eine unabhängige Polizeibeauftragte geben soll. CDU und SPD sagen nein. FDP, Grüne und die PDS sagen ja. Die Humanistische Union fragte nach einer individuellen Kennzeichnung von PolizistInnen. Diese wird nur von der CDU abgelehnt. Den Einsatz von Brechmitteln lehnten nur die Grünen und die FDP ab.

Die CDU denkt, mit einer Neuauflage der Freiwilligen Polizeireserve könne das bürgerschaftliche Engagement gestärkt werden. Während die Humanistische Union dies eindeutig ablehnt, begrüßt sie ausdrücklich die von der CDU geplante Kampagne für das Ehrenamt.

Die SPD glaubt, das größte Hindernis für eine breitere Inanspruchnahme des Informationsfreiheitsgesetzes sei, dass „die Lektüre von Akten ... eine mühsame und langweilige Angelegenheit“ ist. Ändern möchte sie dies allerdings nicht.

Im Bereich des Strafvollzugs lehnen, wie die Humanistische Union, nur die FDP und die Grünen den Bau der JVA Großbeeren im benachbarten Brandenburg ab. Die anderen Parteien glauben, dass Berlin in Zukunft mehr Gefangene hat.

Erfreulich aus Sicht der Humanistischen Union ist, dass inzwischen alle Parteien Bildung für ein wichtiges Thema halten. Ebenso denken alle Parteien, dass das Erlernen der deutschen Sprache eine Grundvoraussetzung für eine gesellschaftliche Teilhabe ist und die Kita-Gebühren sollen auch wieder gesenkt werden.

Überraschend oft sagt die PDS als Regierungspartei mit über 20 Prozent Stimmen, dass sie im Koalitionsvertrag beschlossene Projekte nicht verwirklichen konnte und teils sogar Gesetzen zustimmte, die sie für falsch hielt. Öfters stellte sie in ihren Antworten verschiedene Positionen dar und vermied so weitgehend eine eigene Position.

Die vollständigen Antworten der Parteien finden Sie auf der Homepage der Humanistischen Union Berlin-Brandenburg:  
<http://berlin.humanistische-union.de>

Der Landesverband Berlin-Brandenburg der Humanistischen-Union trifft sich immer am ersten Mittwoch im Monat um 19.00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle (Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin). Die nächsten Treffen sind am 4. Oktober, 1. November und 6. Dezember 2006. Interessierte sind jederzeit willkommen.

Außerdem organisiert die Humanistische Union zusammen mit dem Haus der Demokratie und Menschenrechte, der Zeitschrift Ossietzky, der Internationalen Liga für Menschenrechte und dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) immer am letzten Donnerstag im Monat um 19.00 Uhr im Haus der Demokratie und Menschenrechte die Republikanische Vesper. Die nächste Republikanische Vesper am 28. September behandelt die Aushöhlung des Bankgeheimnisses. Für die kommenden Monate sind Diskussionen zum Israel-Palästina-Konflikt, den Umgang mit Flüchtlingen und dem Scoring geplant.

Mit einer Spende können Sie die Arbeit der Humanistischen Union Berlin-Brandenburg unterstützen:

Humanistische Union Berlin  
Konto: 10 95 105  
BLZ: 100 100 10  
Berliner Postbank

Wir sind wegen Förderung der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur vom Finanzamt für Körperschaften I in Berlin (StNr. 27/667/53108) von der Körperschaftssteuer befreit. Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, geben Sie bei der Überweisung bitte Ihren Namen und Ihre Anschrift im Betreff an.

Humanistische Union, Landesverband Berlin-Brandenburg  
Haus der Demokratie und Menschenrechte (Vorderhaus, 2. OG)  
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
Telefon: 030 – 2 04 25 04  
Fax: 030 – 20 45 02 57  
E-Mail: [berlin@humanistische-union.de](mailto:berlin@humanistische-union.de)  
Homepage: <http://berlin.humanistische-union.de>  
Text: Axel Bussmer, Corinna Telkamp und die aktiven Mitglieder des Landesverbandes Berlin-Brandenburg der Humanistischen Union  
Layout: Axel Bussmer, Sven Lüders  
August 2006

## Menschenwürde achten

Die Humanistische Union e.V. (HU) ist eine unabhängige Bürgerrechtsorganisation. Seit unserer Gründung 1961 setzen wir uns für den Schutz und die Durchsetzung der Menschen- und Bürgerrechte ein. Im Mittelpunkt steht für uns die Achtung der Menschenwürde. Wir engagieren uns für das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und wenden uns gegen jede unverhältnismäßige Einschränkung dieses Rechts durch Staat, Wirtschaft und Kirchen.



## Bürgerrechte durchsetzen

Eine größtmögliche Verwirklichung von Menschenrechten und Freiheit ist an Bedingungen gebunden. Dazu gehören Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt. Demokratische Teilhabe muss auch jenseits von Parteien und Wahlen gewährleistet sein. Es reicht nicht, wenn Rechte nur auf dem Papier stehen. In einer pluralistischen Gesellschaft müssen auch radikale Meinungsäußerungen möglich sein.

## Demokratie stärken

### Was will die Humanistische Union?

- Erhalt von Rechtsstaatlichkeit auch in Krisenzeiten
- Menschenwürdige Haftbedingungen und eine Kriminalpolitik, die nicht nur auf Gefängnisse setzt
- Abschaffung der Geheimdienste
- Stärkung des Datenschutzes und umfassende Informations- und Akteneinsichtsrechte
- Mehr direktdemokratische Beteiligungsrechte
- Gleichberechtigung aller Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften
- Abschaffung staatlicher Kirchenprivilegien

### Was macht die Humanistische Union?

- Wir informieren über Bürgerrechtsverletzungen und geben Impulse für öffentliche Diskussionen, z.B. durch Fachtagungen, Diskussionsveranstaltungen, Publikationen.
- Wir sind Mitherausgeberin des Grundrechte-Reports und der Zeitschrift *vorgänge*.
- Wenn es in Parlamenten und Regierungen um Bürgerrechte geht, melden wir uns mit Stellungnahmen und Gutachten zu Wort.
- Menschenrechte müssen auch hinter Gittern geachtet werden. Darum arbeiten wir in Gefangenenbeiräten und vermitteln Briefkontakte für Gefangene nach draußen.

## Bürgerrechte brauchen Unterstützung

Mit jeder Mitgliedschaft und jeder Spende unterstützen Sie unsere Arbeit und helfen mit, für Bürger- und Menschenrechte einzutreten. Die HU ist als gemeinnützig anerkannt, Beiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Der Jahresbeitrag liegt bei 90 Euro für Einzelmitglieder, für Mitglieder in häuslicher Gemeinschaft zusammen bei 120 Euro. Auszubildende, Studierende, Arbeitslose und Mitglieder mit geringfügigem Einkommen zahlen 30 Euro im Jahr.

Die Humanistische Union hat bundesweit aktive Mitglieder. Über Regionalgruppen in Ihrer Nähe informiert Sie unsere Bundesgeschäftsstelle:

Humanistische Union e.V. | Haus der Demokratie und Menschenrechte  
Greifswalder Straße 4 | 10405 Berlin

Telefon: (030) 20 45 02 56 | Telefax: (030) 20 45 02 57

info@humanistische-union.de | Internet: www.humanistische-union.de